

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Karlsruhe. Meine Stadt. Unsere Zukunft. – So lautet der Wahlspruch der SPD für die Kommunalwahl am 13. Juni 2004. Die SPD hat mit der Verabschiedung des Wahlprogramms und der Wahl der Kandidaten für einen Sitz im Gemeinderat die Weichen für das kommende Kommunalwahljahr gestellt. Leider verliert die SPD mit Heinke Salisch ab Januar 2004 einen von zwei Bürgermeisterposten im Karlsruher Rathaus. Die CDU-Fraktion Karlsruhe hat sich für ein neues kommunales Steuermodell ausgesprochen – mit allerdings drastischen Auswirkungen auf die Steuerlast der Bürgerinnen und Bürger. Auch die CDU bringt jetzt, ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl, Fraktionsnachrichten heraus – Glückwunsch! Dies sehen wir als Bestätigung, dass wir mit der Herausgabe des SPD-Reports vor einem Jahr den richtigen Weg eingeschlagen haben. Mit diesen und anderen Themen befasst sich die vorliegende Ausgabe. Für weitere Informationen über die Arbeit der SPD-Fraktion und die Zusendung bisheriger Ausgaben des SPD-Reports wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle. Den Report finden Sie auch auf unserer Homepage.

Wir hoffen, dass Sie auch diesmal unsere Ausführungen mit Gewinn lesen werden. Stellvertretend für die SPD-Fraktion wünschen wir Ihnen fröhliche und erholsame Festtage sowie ein erfolgreiches und gesundes Neues Jahr 2004!



Dr. Heinrich Maul
Fraktionsvorsitzender



Dr. Florian Furtak
Fraktionsgeschäftsführer

■ Heinke Salisch verlässt das Rathaus

Zum 31. Dezember diesen Jahres scheidet Bürgermeisterin Heinke Salisch (SPD) aus ihrem Dienst bei der Stadt Karlsruhe aus. Nicht aus Altersgründen, sondern weil das von Salisch geleitete Baudezernat zum 1.1.2004 aufgelöst wird und dessen Aufgaben auf die anderen Dezernate übertragen werden. Hintergrund dieser Entwicklung war ein Antrag der CDU-Fraktion auf Streichung eines Dezernats, der im Gemeinderat mit Hilfe der FDP Erfolg hatte. Das Rathaus wird ohne Heinke Salisch ein Stück schwärzer; die roten Lichtblicke werden bis auf eines reduziert. Wir wünschen dem verbleibenden SPD-Bürgermeister im Rathaus, Herrn Harald Denecken, viel Glück und Erfolg für seine weitere Arbeit.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion bedankt sich bei Heinke Salisch für die in den letzten acht Jahren geleistete Arbeit. Sie hat viel Positives für die städtebauliche Entwicklung Karlsruhes auf den Weg gebracht; ihre Tätigkeit hinterlässt Spuren in der Stadt. Für die Zukunft wünscht ihr die SPD-Fraktion alles Gute und einen erfolgreichen Wirkungskreis außerhalb der Politik.

■ SPD verabschiedet Kommunalwahlprogramm

Am 23. Oktober hat eine Delegiertenkonferenz den Wahlspruch „*Karlsruhe. Meine Stadt. Unsere Zukunft.*“ sowie das gesamte Wahlprogramm der SPD verabschiedet. Mit der im Programm formulierten Politik setzt sich die SPD das Ziel, gestärkt aus der Kommunalwahl hervorzugehen, um die Zukunft Karlsruhes bürgernah gestalten zu können. Öffentlich vorgestellt wird das Wahlprogramm erst im neuen Jahr. Einige Schwerpunkte, für die sich die SPD im nächsten Gemeinderat einsetzen wird, finden Sie bereits hier:

**Stärkung der Familienfreundlichkeit durch die Schaffung von
Betreuungsangeboten****Ausbau des Angebots an Ganztageschulen****Ausbau der Einkaufs- und Begegnungsmöglichkeiten im Stadtteil****Stärkung der Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung
der Stadtpolitik****Nutzung der Leistungskraft der Technologieregion für den Erhalt und den
Ausbau von Arbeitsplätzen****Entwicklung Karlsruhes zu einer „Stadt im Grünen“****Verlässlichkeit bei der finanziellen Förderung ehrenamtlichen Engagements****Solide Finanzpolitik mit bürgernahen Akzenten****■ SPD nominiert Kandidaten für die Kommunalwahl**

Am 15. November haben erstmalig die Karlsruher SPD-Mitglieder die Kandidaten der SPD für die Wahlen zum Gemeinderat am 13. Juni 2004 bestimmt. Mit fast 300 Teilnehmern war die Veranstaltung ein großer Erfolg. Die Kandidatenliste ist eine gelungene Mischung aus Frau und Mann, jung und alt sowie aus bekannten und unbekanntem Gesichtern. Der Generationswechsel ist damit gelungen, den Bürgerinnen und Bürgern wird ein attraktives Kandidatenangebot gemacht. Eine detaillierte Vorstellung von Kandidaten wird es erst im kommenden Jahr geben. Jedoch wollen wir Ihnen schon jetzt die Liste der 48 Kandidaten namentlich vorstellen:

1. Doris Baitinger	17. Raimund Horzel	33. Matthias Kripp
2. Michael Zeh	18. Uschi Kumpf	34. Hans-Jörg Seng
3. Angela Geiger	19. Yves-Jerome Bodamer	35. Luis Salisch
4. Dr. Heinrich Maul	20. Klaus Lustig	36. Hans-Jürgen Bräunsdorf
5. Elke Ernemann	21. Angela Bader	37. Roger Rasch
6. Thomas Müllerschön	22. Friedhelm Walther	38. Hartmut Mußnug
7. Ursula Paepcke	23. Marie Goumenis	39. Michael Pahl
8. Dr. Florian Furtak	24. Bülent Yildiz	40. Walter Schulze
9. Gisela Fischer	25. Nilgün Kaya	41. Bianca Cornehl
10. Johannes Stober	26. Kurt Fischer	42. Christiane Lustig
11. Natascha Roth	27. Friedrike Winter	43. Alessandro Muccardo
12. Manuel Cortés-Pérez	28. Martin Kühnemund	44. Ute Müllerschön
13. Hans Pfalzgraf	29. Rita Janek	45. Stefan Koschel
14. Christa Caspari	30. Janine Millington-Hermann	46. Regina Grabsch
15. Jürgen Marin	31. Michael Helfer	47. Regina Görlitz
16. Heike Backes	32. Akueren Figen	48. Irene Kuntze

■ CDU spart – nur nicht bei sich selbst

Es hat schon fast groteske Züge. Da predigt die CDU seit Monaten, dass Sparen erste Bürgerpflicht sei, dass Standards zurückgeschnitten werden müssten und Einschnitte unausweichlich seien. Nur bei sich selbst trifft dies augenscheinlich nicht zu. Just ein halbes Jahr (!) vor der Kommunalwahl bringt die CDU ebenfalls Fraktionsnachrichten („Vorwärts Karlsruhe“) heraus, allerdings mit einem äußerst aufwendigen und farbigen Layout. Ein Schelm der Böses dabei denkt. Da es sich bei den Zuschüssen der Stadt an die Fraktionen letztlich um Steuergelder handelt, sind auch die Fraktionen angehalten zu sparen – doch die CDU hält sich nicht daran. So kostet ein Exemplar der neuen CDU-Broschüre in der Herstellung ein vielfaches eines SPD-Reports. Die SPD, die ihren Report bereits vor einem Jahr mit einem schlichten und angemessenen Layout herausgebracht hat, wird jedoch in den kommenden Monaten vor der Kommunalwahl in keinen Wettbewerb mit der CDU um die schönsten Bilder und um die farbigste Gestaltung der Fraktionsbroschüren treten – wir fühlen uns der Sparsamkeit verpflichtet! Für uns kommt es auf den Inhalt an, auf sachliche Information der Bürgerinnen und Bürger, nicht auf die schönste Verpackung!

Auf den Inhalt der CDU-Broschüre wollen wir hier nicht näher eingehen, bis auf die absurde Unterstellung, die SPD sei gegen zusätzliche Kindergartenplätze, weil sie den Nachtragshaushalt 2003 abgelehnt hat. Diese Behauptung ist genauso unsinnig, wie wenn man jemanden unterstellen würde, er mag keine Orangen, nur weil er einen Korb mit faulen Früchten abgelehnt habe. Und „faul“ war der von der CDU durchgesetzte Haushalt 2003/2004 wegen zahlreicher Kürzungen im sozialen Bereich, bei gleichzeitigen Millioneninvestitionen in den Betrieb des Flughafens Söllingen.

■ Rückzugsversuch der CDU bei Rennbahn Iffezheim schlägt fehl

Wir hatten im letzten SPD-Report berichtet: Die CDU hatte den Antrag gestellt, die Stadtverwaltung solle prüfen, ob der Zuschuss der Stadt Karlsruhe in Höhe von 180.000 Euro für den Neubau der Iffezheimer Rennbahntribüne wieder zurückgenommen werden könne. Hintergrund des CDU-Antrags war, dass sich Iffezheim in der Zwischenzeit bei der Unterstützung des Flughafens Söllingen nach Meinung der CDU unbotmäßig verhalten habe. Die Verwaltung hat den CDU-Antrag geprüft und ist zum Ergebnis gekommen, dass der Zuschuss nicht mehr zurückgenommen werden könne. Deshalb hat die CDU bei der Beratung dieses Punktes im Gemeinderat auch kleinlaut geschwiegen. Hätte die CDU ebenso wie die SPD doch von vornherein den Zuschuss für die Rennbahntribüne abgelehnt, dann hätte sie sich die Peinlichkeit erspart und der städtischen Kasse 180.000 Euro an Ausgaben gespart! **Für die SPD war schon immer die Maxime: In Zeiten knapper Karlsruher Kassen müssen Karlsruher Belange den Vorrang haben!**

■ Ortsbegehungen der SPD-Fraktion in Neureut und Daxlanden

Am 23. September war die SPD-Gemeinderatsfraktion in Neureut, am 30. September in Daxlanden unterwegs. Mit einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern gab es eine Rundgang durch die Stadtteile mit anschließender Aussprache, bei der die aufgezeigten Probleme diskutiert und Lösungen angedacht wurden. Den Daxlandern könnte ein Weihnachtsgeschenk ins Haus stehen, wenn der Gemeinderat am 16. Dezember den Anträgen der SPD zustimmt. Wir hatten u.a. beantragt,

- dass der Schlaucherplatz für seine Veranstaltungen einen Stromanschluss bekommt und mit Hecken bepflanzt wird und
- dass durch das Pflanzen einer Hecke am Spielplatz Vorderstraße die Kinder vor den Gefahren der angrenzenden Daxlanderstraße geschützt werden.

■ CDU-Fraktion will neues Steuermodell – zu Lasten der Bürger

Jetzt lässt die CDU-Fraktion auch öffentlich die „Steuer-Katze“ aus dem Sack. Nur so lassen sich die jüngsten Aussagen von Fraktionschef Dr. Klaus Heilgeist und der CDU-Fraktion zu einem neuen kommunalen Steuersystem kommentieren. Dr. Heilgeist hatte in der Gemeinderatssitzung vom 23. September, als es in einer vom OB eingebrachten Resolution zum Erhalt und zur Stärkung der Gewerbesteuer ging, ausgeführt: *„Warum eigentlich sollen die Bewohner der Stadt, die Nutzer der Infrastruktur nicht auch zu deren Finanzierung herangezogen werden?“* Die CDU spricht sich damit dafür aus, dass die Gemeinden als Ersatz für die Gewerbesteuer die Möglichkeit eines eigenen Hebesatzes auf die Einkommensteuer erhalten. Im Klartext bedeutet dies, dass die Wirtschaft nicht mehr an der Finanzierung der von ihr genutzten kommunalen Infrastruktur beteiligt würde, sondern die Last allein von den Lohn- und Einkommensteuerzahlern zu tragen wäre.

Die SPD weist auf die Folgen eines solch neuen Steuersystems für Karlsruhe hin: Bei ganz überschlägiger Rechnung bedeutete dies, dass das derzeitige Gewerbesteueraufkommen Karlsruhes von ca. 160 Mio. Euro auf die ca. 155.000 potentiellen Einkommens- und Lohnsteuer zahlenden Erwerbstätigen mit Wohnort Karlsruhe abgewälzt werden müsste. **Im Durchschnitt wäre damit jeder von ihnen mit über 1000 Euro pro Jahr zusätzlicher Steuer belastet.** Darüber hinaus bestünde die Gefahr, dass insbesondere die gut verdienenden Karlsruher ihrer Stadt den Rücken kehren und in Umlandgemeinden mit niedrigerem Hebesatz ziehen würden. Die Stadt wäre dann gezwungen, den Hebesatz auf die verbleibenden Bürger zu erhöhen.

Die SPD lehnt die Steuerpläne der CDU-Fraktion, die zu einer steuerlichen Mehrbelastung vieler Karlsruher Bürgerinnen und Bürger führen würde, kategorisch ab!

■ Anhörung der Vereine und Verbände abgelehnt

In der Sitzung des Gemeinderats am 23. September wurde der Antrag der SPD auf Anhörung der Vereine und Verbände im Gemeinderat mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. Motiv des SPD-Antrags war es, den Vereinen und Verbänden die Gelegenheit zu geben, vor dem gesamten Gemeinderat die Auswirkungen der von CDU und FDP beantragten Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen zu erläutern.

■ Nachtragshaushalt 2004 – SPD will sozialen Kahlschlag verhindern

Im Februar entscheidet der Gemeinderat über den Nachtragshaushalt 2004. Um einen genehmigungsfähigen Haushalt 2004 zu erreichen, müssen ca. 60 Mio. Euro eingespart werden. Die Haushaltskonsolidierung ist richtig und wichtig, doch dürfen die Einsparungen nicht einseitig vorgenommen werden. So kann es nicht sein, dass der **Sozialbereich** von Bürgermeister Denecken (SPD) eine immense Einsparsumme bringen muss, während das in dem Verantwortungsbereich von Bürgermeister Groh (CDU) liegende **Stadtmarketing** ungeschoren bleibt. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass es keinen sozialen Kahlschlag geben wird. **Die Sozialpolitik muss bei den Einsparungen weitestgehend verschont bleiben!** Und wir werden darüber wachen, dass die Partei mit dem großen „C“ nicht nur von Sozialpolitik mit Herz spricht, sondern dies auch im Gemeinderat durch ihr Abstimmungsverhalten deutlich macht.

■ Kulturhauptstadt 2010 – kurz vor der Entscheidung

Wegen Redaktionsschluss konnte das Abstimmungsergebnis im Gemeinderat vom 16. Dezember über die Bewerbung Karlsruhes zur Kulturhauptstadt 2010 nicht mehr berücksichtigt werden. Die Gründe, die für unsere Entscheidung ausschlaggebend gewesen waren, werden wir Ihnen im SPD-Report 1/2004 darlegen.